

Rahmenbedingungen müssen stimmen



Die Legalisierung von Cannabis ermöglige auch zertifizierte Qualitätskontrollen, so die Fürsprecher.

FOTO: BETTY IMAGES/STOCKPHOTO

Von Kilian Schwartz

HILDESHEIM. Ein kleiner Abschnitt im Koalitionsvertrag, ein großer Schritt in der hiesigen Drogenpolitik? Die Ampelkoalition hat sich eine Liberalisierung der bisher geltenden Prohibitionslinie auf die Fahne geschrieben. Künftig sollen Erwachsene kontrolliert, aber legal Cannabis erwerben können. Dadurch würden „die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Nach jahrelangem Gezeter wäre dieser Schritt nichts Geringeres als eine Zäsur: Angesichts eines unkontrollierten Cannabis-Schwarzmarktes und einer unverhältnismäßig starken Kriminalisierung bereits bei geringen Mengen könnte eine Legalisierung viele Vorteile bringen. Vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen stimmen.

„Die Hälfte aller jungen Menschen zwischen 17 und 25 Jahren hat bereits Erfahrungen mit illegalen Drogen gemacht“, sagt Dominic May, Geschäftsführer der Drogenhilfe Hildesheim. Man müsse deshalb endlich der Realität ins Auge schauen – anstatt so zu tun, als ob es mit Cannabis einen vermeintlich gefährlicheren Konsum gäbe, als den, der bereits legal im Supermarkt erhältlich ist. In dem Legalisierungsvorhaben der Koalition sieht May deshalb auch eine Gelegenheit, den Konsum von Cannabis endlich aus der Schmutzdecke zu holen. Während Alkohol als eine Art Initiationsritus beim Erwachsenwerden gesellschaft-

lich toleriert werde, hafte dem Cannabiskonsum etwas grundlegend Verwerfliches an. „Das könnte mit der Legalisierung entdramatisiert werden“, sagt May. Sein Kollege Achim Güngerich hofft ebenfalls auf eine Entstigmatisierung der Cannabis-

Durch die Legalisierung aus der Schmutzdecke?

Konsumenten. „Konsumieren Eltern chronisch Alkohol, wird das gesellschaftlich weniger hinterfragt als der Wochenendkiffer, der mit einer geringen Menge an Cannabis kriminali-

siert wird.“ Innerhalb eines derzeit noch illegalen Marktes, in dem immer häufiger auch gesundheitsschädigende Zusätze oder synthetische Cannabinoide verwendet werden, könne eine regulierte Abgabe zudem eine gleichbleibende Qualität gewährleisten. „Durch zertifizierte Qualitätskontrollen hätten Konsumenten dann die Gewissheit über die genaue Zusammensetzung des Produkts, ohne gesundheitliche Risiken einzugehen“, so Güngerich. Auch die künftige Präventionsarbeit profitiere von einer Legalisierung und Entkriminalisierung, sind sich May und Güngerich einig. Dann nämlich könnten viele Themen offener und transparenter angesprochen und behandelt, könnten etwa Lehrer und Eltern auf Augenhöhe erreicht und unmittelbar miteinbezogen werden.

Nun ist die Abgabe von Cannabis zu medizinischen Zwecken – etwa zur Linderung von Schmerzen – in deutschen Apotheken bereits gang und gäbe. Wie aber soll ein Markt aussehen, in dem Cannabis zu Genusszwecken verkauft wird? Hält sich die Koalition mit konkreten Rahmenbedingungen noch zurück, dürften sich andernorts manche Händler schon die Hände reiben. May spricht sich daher für eine regulierte Abgabe in staatlicher Hand aus. Verbunden mit einem klaren Auftrag zur Aufklärung und unter der Einhaltung der Jugendschutzgesetze – genau, wie es derzeit bei Alkohol und Tabak der Fall ist. Ein Vorteil: Steuereinnahmen könnten wiederum direkt in Präventionsarbeit fließen. Dubiosen Händlern das Feld zu überlassen, sei der falsche Weg. „Da war bislang immer so: Wo Geld verdient wird, rückt das Individuum und dessen Gesundheit in den Hintergrund.“ Mit einer vernünftigen Regulation des Marktes lasse sich stattdessen viel erreichen, ist May überzeugt.

Wie auch immer das Feld abgesteckt sein wird, in dem die Legalisierung von Cannabis vorstatten geht – May wünscht sich, dass die Drogenhilfe in den Prozess miteinbezogen wird. Und gemeinsam mit Justiz, Polizei, Medizinern, Forschung und (Sozial-)Pädagogen künftig eng zusammenarbeitet. Gleichwohl ist die Tinte auf dem Koalitionsvertrag noch frisch. Von zu viel Abwarten hält May trotzdem nichts. „Ich glaube, man muss einfach starten. Dann erst kann man Erfahrungen sammeln und gegebenenfalls nachjustieren.“

VERSTÄRKUNG IM DROGENHILFE-TEAM

Axel Pulvermüller kennen die meisten womöglich als Chef des Hildesheimer Unternehmens „Transfer Play“. Seit Februar ergänzt der Sozialpädagoge das Team der Hildesheimer Drogenhilfe. Als Präventionsfachkraft organisiert er unter anderem Workshops in Schulen oder organisiert Fortbildungen. Erreichen kann man ihn – wie auch das gesamte Team der Drogenhilfe – per E-Mail an beratung@drobs-hi.de oder telefonisch unter der Nummer 0 51 21 / 6 96 05-10 bzw. unter der Durchwahl -09.



Axel Pulvermüller

FOTO: SCHWARTZ